

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 35 (1994)
Heft: 15

Artikel: Teilung ist keine Lösung
Autor: Farago, Georg
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1092930>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Georg Farago zu den Perspektiven Bosnien-Herzegowinas

Teilung ist keine Lösung

Allenthalben ist im serbisch besetzten Teil Bosnien-Herzegowinas der Wunsch vernehmbar, der Krieg möge doch endlich aufhören; und zwar bedingungslos und sofort, ohne lange Verhandlungen und ermüdende Basteleien an den Landkarten. Die Menschen sind erschöpft und begreifen nicht, weshalb man nicht einfach aufhören kann zu schiessen, um danach die Beziehungen über die Frontlinien hinweg auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet zu verbessern.

Was einer Lösung im Bosnienkrieg im Wege steht, ist jedoch die absolute Unvereinbarkeit der Ziele der involvierten Parteien. Der Endzweck der serbischen Separatisten, einen «ethnisch reinen» grossserbischen Staat zu errichten, lässt sich mit dem Ziel der internationalen Gemeinschaft, die die Rückkehr aller Vertriebenen verlangt, und demjenigen der bosnischen Regierung in Sarajevo nicht vereinbaren. Das Ziel der internationalen Gemeinschaft, Frieden um jeden Preis auf dem Balkan, scheitert am Widerstand der muslimisch-kroatischen Föderation.

Verhärtete Fronten

Vor allem die Muslime, die während langen Monaten nicht einfach für hehre Ideen wie Freiheit und Gerechtigkeit, sondern ums nackte Überleben kämpften, werden sich nun, da sie politisch und militärisch erstarkt sind, nicht mit einem Trostpreis zufrieden geben. Die Verwirklichung des Ziels der muslimisch-kroatischen Föderation, ein neues Bosnien-Herzegowina auferstehen zu lassen, würde alle Anstrengungen der serbischen separatistischen Seite zunichte machen. Dem Modell des «ethnisch reinen» Staates, endlich, steht das Modell der multikulturellen Gesellschaft gegenüber.

Im Bosnienkrieg gibt es keine Missverständnisse, die ausgeräumt werden könnten. Ein gemeinsamer Nenner, der einen Kompromiss erlauben würde, ist nicht vorhanden; eine akzeptable Lösung für die eine Seite ist für die andere gleichbedeutend mit Kapitulation. So musste beispielsweise der militante Se-



Dem Modell des «ethnisch reinen» Staates steht das Modell der multikulturellen Gesellschaft gegenüber.

Unser Balkanspezialist
Georg Farago

paratisten-Führer der herzegowinischen Kroaten, Mate Boban, bei der Bildung der muslimisch-kroatischen Föderation im letzten Frühjahr politisch von der Bildfläche verschwinden.

Totalitäre Altlasten

Der jetzige Krieg ist nicht nur ein Kampf um Prozente an Territorium, sondern eine Auseinandersetzung von sich ausschliessenden Ideologien und Lebensweisen; eine Auseinandersetzung, wie sie für die erste Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts typisch war, und die wir überwunden glaubten. Nun wurde die pseudo-moderne Ideologie einem Volk übergestülpt, das nach über vierzig Jahren totalitär-sozialistischer Beeinflussung in seiner Ganzheit nicht als politisch mündig bezeichnet werden kann.

So ist zu erklären, dass alle Attribute der alten Lebensweise (Moscheen, Denkmäler) zusammen mit der Identität des einzelnen und der zwischenmenschlichen Beziehungen ohne grossen Widerstand aus der Bevölkerung vernichtet werden. Über 200 Moscheen wurden in einer

grossen, gut organisierten Aktion im Laufe des letzten Jahres im serbisch besetzten Teil Bosniens in die Luft gesprengt oder verbrannt. Die Trümmer mussten daraufhin in zahlreichen Fällen von Angehörigen der übriggebliebenen muslimischen Zivilbevölkerung im Rahmen des obligatorischen Arbeitsdienstes weggeräumt werden. In der Zwischenzeit habe man sich an die Baulücken gewöhnt, sagen die Passanten.

All dem schliessen sich die zahllosen Menschenrechtsverletzungen und unbeglichenen Rechnungen an. Es gibt keinen Kompromiss in Bosnien. Wer in einem solchen Umfeld vermitteln will, muss sich dessen bewusst sein, anstatt kopfschüttelnd die Starrköpfigkeit und mangelnde Einsicht der kriegführenden Parteien zu rügen.

Serbische Schwachpunkte

Die bosnisch-serbischen Separatisten haben es in den ersten Monaten des Krieges versäumt, ein überlebensfähiges Territorium mit verteidigbaren Grenzen abzustecken. In ihrem maximalistischen Wahn haben Karadžić, Mladić und Kompagnons mehr Territorium an sich gerissen, als sie verteidigen können.

Der grösste Schwachpunkt des entstandenen Gebildes ist die Wespentaille des Korridors bei Brcko, der die beiden grossen von den Serben gehaltenen Territorien verbindet. Wenn man den Korridor dauerhaft durchtrennt, sind sowohl das Gebiet in Westbosnien als auch die serbisch besetzten UNPA-Zonen in Kroatien abgeschnitten und für die grossserbische Idee verloren. Der Sieg des 5. Armeekorps der Regierungstruppen über die Truppen des abtrünnigen muslimischen Warlords Fikret Abdić und der Ausbruch aus dem Kessel von Bihać können einen weiteren Keil zwischen die Kniner Krajina und das serbisch besetzte Gebiet in Westbosnien treiben. Diese Schwachpunkte der serbischen Seite, kombiniert mit der für die serbischen Truppen zu langen Front (mehr als 1500 km), ermutigen die bosnisch-herzegowinische Regierung, mehr für sich herauszuholen, als die von der Kontaktgruppe angebotenen 51 % der Republik.

Der jetzige Krieg ist nicht nur ein Kampf um Prozente an Territorium, sondern eine Auseinandersetzung von sich ausschliessenden Ideologien und Lebensweisen.

In ihrem maximalistischen Wahn haben Karadzic, Mladic und Kompagnons mehr Territorium an sich gerissen, als sie verteidigen können.

Geostrategische Ziele Sarajevos

Da die serbische Seite den Friedensplan sowieso abgelehnt hat (was von Sarajevo und der herzegowinisch-kroatischen Führung sicher mit Erleichterung registriert wurde), kann Sarajevo seine geostrategischen Ziele, die schlussendlich eine Entscheidung bei Brcko vorsehen, weiterverfolgen. Diese Ziele lassen sich in ein kurzfristiges, ein mittelfristiges und ein langfristiges gliedern:

Kurzfristig wird die Taktik der begrenzten Offensiven beibehalten. Im Moment, da die effiziente Bewaffnung der Regierungstruppen erst angelaufen ist und sich auch die Kriegsallianz zwischen der Regierungsarmee und dem HVO («Kroatischer Verteidigungsrat», Armee der bosnisch-herzegowinischen Kroaten, nicht von der Regierung in Sarajevo kontrolliert) auf dem Schlachtfeld noch nicht voll entfaltet hat, beschränken sich die Regierungstruppen darauf, die Öffnung von Nachschublinien und Strassenverbindungen zu erzwingen. Die für die serbischen Truppen zu weit ausgedehnte Front wird für spätere, grössere Operationen mübe gemacht, indem strategisch wichtige Positionen eine nach der anderen eingenommen werden.

Durch kurz aufeinander folgende Angriffe an mehreren, weit voneinander entfernt liegenden Frontabschnitten (Doboj, Teslic, Gradacac, Bihać, Kupres, Sarajevo), werden die zermürbten serbischen Soldaten ständig in Atem gehalten, die serbische Logistik (Nachschub und Verstärkung) wird wegen des Kraftstoffmangels aufs härteste gefordert. Selbst wenn die serbischen Truppen an einigen Punkten zurückzuschlagen vermögen, so ist die Rückeroberung doch mit einem unermesslich höheren Aufwand verbunden als der Vorstoss der Regierungstruppen.

Das **mittelfristige** Ziel (evtl. Sommer 1995) ist es, das zum jetzigen Zeitpunkt zusammenhängende serbisch besetzte Territorium in mehrere nicht überlebensfähige Kantone zu zerschlagen. Die von der muslimisch-kroatischen Föderation (als Alternative zum Aufteilungsplan der Kontaktgruppe) im letzten Sommer vorgelegte Karte sieht die Atomisierung des von den Serben gehaltenen Gebietes in vier Kantone vor. Der Korridor von Brcko soll verschwinden. Nur zwei der serbischen Kantone haben gemäss diesem Plan direkte Verbindung zur Bundesrepublik Jugoslawien (Belgrad). Die beiden anderen wären abgeschnitten, militärisch und wirtschaftlich praktisch neutralisiert.

Langfristig soll das ganze bosnisch-herzegowinische Territorium wieder unter die Kontrolle der Regierung in Sarajevo fallen; es bleibt die Absicht der Regie-

Es bleibt die Absicht Sarajevos, Bosnien-Herzegowina in den alten Grenzen wieder auferstehen zu lassen. Wenig kann dagegen gehalten werden, zumal es sich um einen international anerkannten Staat handelt.

Die Trennung der Menschen nach ethnischen Gesichtspunkten und die Teilung des Landes sind keine geschichtliche Notwendigkeit, die einen erträglichen Zustand schaffen würde, sondern, im Gegenteil, das Eingehen auf einen zeitlich begrenzten Trend, der verschwinden kann, so schnell wie er hochgespült wurde.

rung, Bosnien-Herzegowina in den alten Grenzen wieder auferstehen zu lassen. Wenig kann dagegen gehalten werden, zumal es sich um einen international anerkannten Staat handelt und jeder anerkannte Staat das Recht auf Selbstverteidigung hat. Der serbische Präsident Milosevic, die Schlüsselfigur des Dramas, scheint sich für den Moment damit befunden zu haben, dass aus dem gross-serbischen Traum nichts wird.

Die serbisch-serbische Blockade an der Drina wird bis zum jetzigen Zeitpunkt peinlichst durchgesetzt. Die serbische kriegführende Bevölkerung in Bosnien ist für Milosevic zu einer Belastung geworden; als Instrument seiner persönlichen Machtpolitik taugt sie nicht mehr. Wenn es ihm gelingt, mit Propagandamethoden einen Keil zwischen die Serben in Bosnien und diejenigen in der Bundesrepublik Jugoslawien zu treiben, wird es ihm in Zukunft vielleicht sogar möglich, sich mit Tudjman (Kroatien) und Izetbegovic (Bosnien-Herzegowina) zu arrangieren.

Renaissance des Vielvölkerstaates?

Am vernünftigsten ist das Modell der drei unabhängigen Staaten in den international anerkannten Grenzen, die sich zu einer Konföderation vereinigen. Von Karadzic's Serbenstaat in Bosnien würde nichts übrigbleiben. Oder wie es ein Belgrader oppositioneller Journalist formulierte: «Die Gauner, die durch vergossenes Blut reich wurden, werden dort übergeben, wo sie hingehören (gemeint ist Den Haag; d. Verf.), das Verhaften von Šešelj und Arkan hat praktisch schon begonnen, und so wird wahrscheinlich auch der Grusel-Spieler vom Durmitor mit dem Löchlein im Kinn enden (Anspielung auf Karadzic's montenegrinische Herkunft; d. Verf.). Und ich werde wieder in Dubrovnik baden.»

Doch zurück zu den Teilungsplänen. Nicht nur aus moralischen und rechtlichen, sondern auch aus pragmatischen Gründen ist ein integrales Bosnien-Herzegowina der Teilung vorzuziehen. Bosnien-Herzegowina hat sich in vielen Jahrhunderten als multikulturelle Einheit entwickelt. Es handelt sich nicht um ein «künstliches Gebilde» ohne Daseinsberechtigung, wie es der schlecht informierte ehemalige US-Aussenminister Henry Kissinger in Interviews oft behauptet.

Zur Identität dieses Staates gehört die multikulturelle Gesellschaft. Die Trennung der Menschen (Nachbarschaften, Ehen, Freundschaften) nach ethnischen Gesichtspunkten und die Teilung des Landes sind keine geschichtliche Notwendigkeit, die einen erträglichen Zustand schaffen würde, sondern, im Ge-

genteil, das Eingehen auf einen zeitlich begrenzten Trend, der verschwinden kann, so schnell wie er hochgespült wurde. Trennung und Teilung können nicht zu einer stabileren Lage führen, sondern würden unzählige unbeglichene Rechnungen zurücklassen, die einen Herd ständiger Unruhen bildeten.

Multikulturelle Tradition

Im übrigen, wer hat das Recht und die Kompetenz zu bestimmen, welche Kriterien ein politisches Gebilde erfüllen muss, um als «natürlicher» Staat, im Gegensatz zum «künstlichen» anerkannt zu werden? Ist das Alter des Staates ein Kriterium? Dann dürften die USA und erst recht nicht Israel als Staaten bezeichnet werden. Ist es die gleiche Kultur innerhalb eines Staates? Dann müssten sich die skandinavischen Lappen sofort für unabhängig erklären. Die gleiche Sprache? Dann «la Suisse n'existe pas». Eine «Nation» pro Staat? Frankreich hat sich dieses Kriterium zu Herzen genommen und seit der Revolution von 1789 durch die brutal durchgesetzte Zentralisierung alle Unebenheiten der Ethnie und der Sprache zum französischen Standard gehobelt. Die Beispiele der Schweiz, der USA, Belgiens, Chinas, Indiens usw. usf. zeigen, dass die Franzosen sich den Aufwand hätten sparen können.

Dass drei Völker nebeneinander, miteinander und durcheinander siedeln, ist absolut kein Hinweis auf die Künstlichkeit des Staates, der allen die Heimat zu bieten vermag und dies auch während Jahrhunderten tat. Wenn einer mit einer Hass- und Teilungsideologie auftaucht, die penetrant nach Faschismus riecht, heisst das nicht, dass wir im Ausland uns seine wirren Ideen aneignen müssen. Und doch wird dies von den massgebenden Politikern in Europa getan.

Dass die Volksgruppen die Waffen gegeneinander erhoben haben, ist kein Beweis für die Richtigkeit nationalistischer Hirngespinnste, sondern ein Hinweis auf die Wehrlosigkeit der betroffenen Menschen gegenüber Rattenfängern. Es braucht überdurchschnittlich viel Intelligenz, Zivilcourage und gesunden Menschenverstand, um sich den hetzerischen Demagogen und ihrer überwältigenden Medienpräsenz zu entziehen.

Jahrelanger Kleinkrieg als Alternative

Zum jetzigen Zeitpunkt herrscht an der Front ein Gleichgewicht; die serbischen

Fortsetzung Seite 16

Aufständischen sind noch immer besser bewaffnet, die Regierungstruppen können aus Mangel an schweren Waffen noch nicht zur Rückeroberung in grossem Stil schreiten. Diese Pattsituation könnte durch drei Prozesse aufgehoben werden: 1. Wenn der HVO auf der Seite der Regierungstruppen zumindest an einigen, für ihn interessanten Frontabschnitten zu kämpfen beginnt (wie dies punktuell bei der Einnahme von Kupres der Fall war), 2. wenn die Waffenlieferungen an die Regierungstruppen und ihre eigene Waffenherstellung, trotz Embargo, weiter zunehmen, 3. wenn die Truppen der serbischen Aufständischen weiter durch Dienstenzug, schlechte Moral und Mangel an Munition und Treibstoff geschwächt werden.

Falls sich das Gleichgewicht nicht zugunsten der Regierungstruppen verlagern sollte, muss mit einem jahrelangen Krieg niedriger Intensität gerechnet werden, der auch weiterhin die Gefahr der Ausdehnung auf andere Gebiete des Balkanraums können durch das Tolerieren eines Kleinkrieges nicht abgebaut werden.

Geschwächte Armee – starke Polizei

Was passiert, wenn nach der Phase der beschränkten Aktionen die Regierungstruppen zu einer erfolgreichen Grossoffensive ansetzen? Könnte dadurch eine Eskalation der Ereignisse, ein Übergreifen der Kämpfe auf Kroatien und Serbien, ausgelöst werden? Umfragen in Serbien und Montenegro haben ergeben, dass die meisten Stellungspflichtigen sich, ähnlich wie 1991 gegen Kroatien, der Dienstpflicht entziehen würden, da sie nicht bereit sind, ihren Kopf für serbische Gebiete ausserhalb der Bundesrepublik Jugoslawien zu riskieren. Ausserdem setzt sich eine grosse Zahl der Stellungspflichtigen aus Kosovo-Albanern zusammen, die sich ganz sicher nicht für die Sache der bosnisch-serbischen Aufständischen einsetzen würden.

Zudem wurde die reguläre Armee Jugoslawiens zugunsten der Polizei geschwächt, und zwar 1. weil das Machtorgan von Slobodan Milošević die Polizei und nicht die Armee ist und 2. weil die hohen Armeeeoffiziere noch aus der sozialistischen Zeit stammen, einer anderen Ideologie ergeben und in den Augen Miloševićs nur beschränkt vertrauenswürdig sind (wovon zahlreiche Säuberungen innerhalb der Armeespitze zeugen).

Wenn allerdings die reguläre kroatische Armee (nicht der bosnische HVO) auf Seiten der bosnisch-herzegowinischen Regierungstruppen eingriffe, bestünde die Möglichkeit, dass sich die jugoslawi-

sche Armee trotz der Schwierigkeiten engagieren und sich auch in der serbischen Öffentlichkeit ein Stimmungsumschwung zugunsten der Serben ausserhalb Restjugoslawiens vollziehen würde.

Interessen der gemässigten Serben berücksichtigt

In den nächsten Monaten ist mit einer entscheidenden Offensive der Regierungstruppen allerdings noch nicht zu rechnen. Früher oder später wird die endgültige Abrechnung aber beginnen. Was sollte die internationale Gemeinschaft in diesem Fall beachten? Schon in der bestehenden muslimisch-kroatischen Föderation ist der Status der serbischen Bürger nicht geklärt, obwohl viele Tausende von Serben zu einem ganzheitlichen Bosnien-Herzegowina halten und auch in seiner Regierungsarmee kämpfen. Es ist ein Fehler der kroatischen und muslimischen Spitzenpolitiker, dass sie nicht einen Staat «aller in ihm lebenden Bürgerinnen und Bürger» ausrufen, sondern auf die nationalistischen Spitzfindigkeiten eingehen.

Es ist selbstverständlich verfrüht und gleiche einer Unterstellung zu behaupten, das neue Bosnien-Herzegowina sei nicht für die serbischen Bürger vorgesehen. Nachdem in der muslimisch-kroatischen Föderation nur die Muslime und Kroaten als konstitutionelle Völker anerkannt sind, herrscht jedoch eine Ungewissheit darüber, welche Politik den bosnischen Serben gegenüber verfolgt würde, wenn eine Grossoffensive der Regierungstruppen erfolgreich verlief.

Da das Ignorieren der vollen Rechte der Serben zum Anhalten der instabilen Lage führen würde, liegt es im Interesse der internationalen Gemeinschaft, bezüglich der Rechte der Serben die Kontrolle zu erlangen. Solange sich die Kontaktgruppe und die internationale Gemeinschaft auf ihre erfolglose Politik beschränken, die Beendigung der Kämpfe durch eine faktische Aufteilung des Staates anzustreben, hat sie auf die Regierung in Sarajevo nur einen schwachen Einfluss. Seit Kriegsausbruch 1992 wurde Sarajevo nicht genügend effiziente Unterstützung seitens der internationalen Gemeinschaft zuteil (trotz den lobenswerten und erfolgreichen Anstrengungen im humanitären Bereich). Zum jetzigen Zeitpunkt fällt es deshalb nicht besonders schwer, auf diese Unterstützung zu verzichten.

Aktiveres Engagement der internationalen Gemeinschaft vonnöten

Der äussere Einfluss des Auslandes auf Sarajevo würde vergrössert, wenn mög-

In der jetzt bestehenden muslimisch-kroatischen Föderation ist der Status der serbischen Bürger nicht geklärt, obwohl viele Tausende von Serben zu einem ganzheitlichen Bosnien-Herzegowina halten und auch in seiner Regierungsarmee kämpfen.

Da das Ignorieren der vollen Rechte der Serben zum Anhalten der instabilen Lage führen würde, liegt es im Interesse der internationalen Gemeinschaft, bezüglich der Rechte der Serben die Kontrolle zu erlangen.

Voraussetzung für einen Neuanfang sind die Marginalisierung und Bestrafung der Kriegsverbrecher auf allen beteiligten Seiten und die Rückkehr der Vertriebenen.

lichst viele Mächte den Weg der Neutralität verlassen und die Ziele der bosnisch-herzegowinischen Regierung mittragen würden. Ausländische Bodentruppen mit einem friedenschaffenden Auftrag zu landen, die im Konflikt weder auf der einen noch auf der anderen Seite stehen, haben wenig Aussicht auf Erfolg. Wenn man sich im Falle Bosniens die Regierungstruppen zu Verbündeten machte, müsste man gar keine Bodentruppen mehr schicken. Luftangriffe auf Infrastruktur und Nachschubwege der Aufständischen und Waffensendungen an die Regierungstruppen würden die Überlegenheit Sarajevos schnell komplettieren.

Einflussnahme kann in diesem Falle ausgeübt werden, indem man mit der Rücknahme der Unterstützung droht, falls sich die Regierung politisch oder militärisch fehlleiten liesse. Das Ziel der internationalen Kontaktgruppe und der internationalen Gemeinschaft sollte es nicht mehr sein, die Aufteilung Bosnien-Herzegowinas zu verwalten. Sie sollten sich in einem ersten Schritt für ein integrales Bosnien-Herzegowina mit allen Mitteln einsetzen, in einem zweiten Schritt den Bund zwischen Kroatien, der Bundesrepublik Jugoslawien und Bosnien-Herzegowina zunächst auf wirtschaftlicher, danach auf politischer Basis fördern.

Das ist möglich, da keine echten Gegensätze zwischen Kroaten, Serben und Muslimen bestehen. Die von den Politikern heraufbeschworenen Feindschaften können im Prinzip wieder begraben werden. Wirtschaftliche Zwänge begünstigen einen Bund; die Zusammenarbeit auf diesem Gebiet würde vertrauensbildend wirken. Andere vertrauensbildende Massnahmen müssten flankierend eingesetzt werden, um die Menschen wieder zueinander zu führen. Voraussetzung für einen Neuanfang (es wäre nicht der erste) sind die Marginalisierung und Bestrafung der Kriegsverbrecher auf allen beteiligten Seiten und die Rückkehr der Vertriebenen.

Als Hindernis einer solchen Politik sind die führenden Politiker Serbiens und Kroatiens anzusehen. Ein neuer «Bund» ist also kein kurzfristiges und wahrscheinlich auch kein mittelfristiges, sondern ein langfristiges Ziel. In der Zwischenzeit muss man diese Möglichkeit im Auge behalten und jene Kräfte und Prozesse unterstützen, die sich in allen Teilrepubliken des ehemaligen Jugoslawien für ein friedliches Zusammenleben einsetzen. ■